

Aus welchen (wirtschaftlichen) Gründen wird der Krieg in Afghanistan geführt?

### **Alles Lüge...**

In Bezug auf den Krieg in Afghanistan werden wir von PolitikerInnen sowie von Bundeswehr und NATO am laufenden Band belogen. Nicht nur angesichts des Angriffs auf die Tanklaster in Kundus vor genau einem Jahr wurde die Wahrheit, dass ein deutscher Oberst de facto den Befehl zur Tötung von bis zu 142 Zivilpersonen gegeben hatte, lange verdreht oder gar verschwiegen. Auch die Begründungen, die uns in der Regel für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aufgetischt werden, sind größtenteils propagandistische Lügen und halten einer Überprüfung nicht stand.

Ich möchte kurz ein paar Beispiele nennen:

Die wesentliche Legitimation, die die NATO für den ISAF-Einsatz in Afghanistan heranzieht, ist die Terrorismusbekämpfung. Doch seit Beginn des Krieges in Afghanistan 2001 ist die Zahl der Anschläge innerhalb und außerhalb Afghanistans gestiegen. Je mehr ausländische Soldaten im Land stationiert sind, desto mehr militärischen Widerstand gibt es auch gegen die Besatzung.

Es heißt weiter, die Bundeswehr leiste in Afghanistan humanitäre Hilfe, sei im Einsatz zur Friedenssicherung und zur Sicherung der Menschenrechte. Doch das Gegenteil wird erreicht: Die Zahl der getöteten Zivilpersonen hat sich in den vergangenen drei Jahren nach UNO-Angaben auf 2.412 mehr als verdoppelt, es leben immer mehr Menschen in Afghanistan unter der Armutsgrenze, die Zahl der Unterernährten steigt ebenso wie die der Menschen, die in Slums leben müssen. Und zu guter Letzt wird Afghanistan durch den Krieg der NATO und die vor Ort betriebene Militär- und Polizeiausbildungspolitik in einen endlosen Bürgerkrieg gesteuert.<sup>1</sup>

### **Warum also der Krieg?**

Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler sagte Mitte dieses Jahres offen, die breite Gesellschaft müsse verstehen, dass ein Land mit der Außenhandelsabhängigkeit Deutschlands wissen müsse, dass im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig sei, um „unsere Interessen“ zu wahren: freie Handelswege, Verhinderung regionaler Instabilitäten, Rohstoffsicherung usw.<sup>2</sup>

Auch Hans Heinrich Driftmann, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und Mitglied der Expertenkommission zur Reform der Bundeswehr, verteidigte kürzlich gegenüber Focus-online, dass die Bundeswehr auch für wirtschaftliche Interessen im Einsatz sei.<sup>3</sup> Die beiden sprechen aus, was im Weißbuch der Bundeswehr schon seit 2006 nachzulesen ist. Doch um welche Interessen handelt es sich da genau?

Der brutale und mörderische Krieg in Afghanistan ist der militärische Versuch westlicher Staaten, ihre wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen durchzusetzen. Es handelt sich dabei nicht nur aber auch um Rohstoffinteressen.

Afghanistan liegt in geographischer Nähe zu 3/4 der globalen Gas- und Ölreserven und auch andere für die (deutsche) Wirtschaft relevante Stoffe, wie z. B. Eisenerz, Uran, Lithium und Kobalt lassen sich dort finden. Dafür, dass die NATO in Afghanistan Krieg führt, sind jedoch (auch) andere Gründe ausschlaggebend. Einige davon möchte ich kurz aufzeigen.

### **Neoliberale Strukturanpassung und Aufstandsbekämpfung**

Unter dem Deckmantel des „Nation Building“ wurde das afghanische Wirtschaftssystem seit der aus Sicht des Westens erfolgreichen (militärisch forcierten) Implementierung der Karzai-Regierung nach neoliberalen Vorgaben umgekrempelt. Teile des Strukturanpassungsprogramms, z. B. der

<sup>1</sup> Lühr Henken: Der Fall Afghanistan. Deutsche Interessen am Hindukusch.

<sup>2</sup> Ex-Bundespräsident Köhler gegenüber dem Deutschlandradio, 21.05.2010

<sup>3</sup> [http://www.focus.de/politik/deutschland/dihk-praesident-bundeswehr-soll-handelswege-freihalten\\_aid\\_546470.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/dihk-praesident-bundeswehr-soll-handelswege-freihalten_aid_546470.html)

Schutz ausländischer Direktinvestoren und die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft wurden sogar in die Verfassung aufgenommen. Diese Maßnahmen haben nicht etwa der massiven Armut der afghanischen Bevölkerung entgegengewirkt, sondern aus dem Land vielmehr eine Art „Selbstbedienungsladen für westliche Konzerne“ gemacht.<sup>4</sup>

Gleichzeitig und in zunehmendem Maße wird in Afghanistan ein antiwestlicher Aufstand bekämpft, der immer mehr an Stärke gewinnt, je aussichtsloser die Lage durch militärische Besatzung und wirtschaftliche Plünderung durch den Westen für die afghanische Bevölkerung wird.

### **Neoimperialistischer Krieg**

Der machtstrategisch und wirtschaftspolitisch wichtigste Grund für den Afghanistan-Krieg der NATO hat eine globale Dimension.

Haben die westlichen Staaten die Kontrolle über die Region rund um den Hindukusch, lassen sich auch Russland, Indien und vor allem der Iran und China zu einem gewissen Grad kontrollieren. Dieses Begehrt zeigt sich vor allem am Interesse des Westens, den Bau einer Gaspipeline vom Iran über Pakistan nach Indien (IPI) zu verhindern und andersherum den Bau einer Gaspipeline von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan nach Indien (TAPI) zu forcieren. Würde IPI gebaut, könnte nicht nur Gas aus dem Iran über Pakistan nach Indien transportiert werden (wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran liefen damit ins Leere), sondern auch China könnte sich an die Pipeline anschließen. Der Krieg in Afghanistan und Pakistan verhindert den Bau der Pipeline. Zwar kann auch TAPI nicht gebaut werden, solange der Krieg andauert – das ist jedoch für den Westen erst einmal zweitrangig.<sup>5</sup> Ein Bürgerkrieg in Afghanistan und Pakistan ist also mittelfristig ebenso nützlich, wie die vollständige Kontrolle über das Gebiet – vor allem, weil die westlichen Armeen in Zukunft immer weniger an den Kampfhandlungen beteiligt sein sollen<sup>6</sup>.

### **Die Afghanistan-Strategie der NATO**

Langfristig soll der durch die NATO besetzte Raum von afghanischen Kräften gehalten werden – von denjenigen Kräften natürlich, die den westlichen MachthaberInnen keinen Strich durch die Rechnung ziehen. Dieses Ziel soll durch das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit erreicht werden: Damit die „militärischen Erfolge“ des Westens nach dem Truppenabzug nicht wieder in Frage gestellt werden, soll auf militärische und zivile Strukturen Afghanistans in westlichem Interesse Einfluss genommen werden. Die NATO und die European Police Mission (EUPOL) bilden daher die Armee und die Polizei der Karzai-Regierung aus (auch Justiz- und Verwaltungswesen, Schulbildung etc. sollen nach westlichem Vorbild funktionieren). Sie sollen das Land in Zukunft gemäß den Vorstellungen der NATO kontrollieren. Das Ziel ist also nicht etwa ein dauerhafter Frieden, sondern die Schaffung eines autoritären Militärregimes, das beständig den bewaffneten Aufstand bekämpfen soll. Das Motto: Karzai ist zwar ein Mistkerl, aber er ist unser Mistkerl!

Die Kooperation zwischen Militär und zivilen Einrichtungen wird in Afghanistan zum ersten Mal in diesem Ausmaß erprobt. Ein Scheitern der NATO mit dieser Strategie in Afghanistan würde also auch infrage stellen, ob die NATO in einer multipolaren Weltordnung, in der vor allem China als wirtschaftlicher Gegenpol immer mehr an Macht gewinnt, nach ihrer Umstrukturierung zur weltweiten Interventionsarmee und Besatzungstruppe weiterhin das Sagen haben wird.

### **Und die deutschen Interessen?**

Neben den Rohstoff- und Investitionsinteressen deutscher Wirtschaftsunternehmen sowie immensen Profiten, die die deutsche Rüstungsindustrie durch Kriegseinsätze erwirtschaften kann, spielt der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr für die BRD vor allem machtpolitisch eine große Rolle. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, Deutschland eine Führungsrolle in der NATO und in der EU

<sup>4</sup> <http://www.imi-online.de/download/JW-NATO-Afghanistan.pdf>  
<http://www.imi-online.de/2010.php?id=2155>

<sup>5</sup> Lühr Henken: Der Fall Afghanistan. Deutsche Interessen am Hindukusch.

<sup>6</sup> Ebd.

zu sichern, außerdem strebt sie einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an.<sup>7</sup> Die Voraussetzung dafür ist die Übernahme großer sicherheitspolitischer Verantwortung, die durch die derzeitigen Auslandseinsätze der Bundeswehr unter Beweis gestellt werden soll.

In Afghanistan wird ein neoimperialistischer Krieg par excellence geführt...

### **...und was machen WIR nun?**

Die deutsche Bundesregierung regiert gegen die Bevölkerung, die den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr mehrheitlich ablehnt. Darauf können wir uns jedoch als Antikriegsbewegung weder ausruhen (denn die zu Guttenbergs und Merkels lassen sich augenscheinlich nicht beirren), noch sollten wir diese Tatsache als Ausgangspunkt für unsere politische Arbeit nehmen.

Denn erstens kann dieses Stimmungsbild schnell kippen. Wie sähe es z. B. aus, wenn „deutsche Interessen“ in Zukunft mit einer geringeren Teilnahme der Bundeswehr und ohne tote deutsche Soldaten verteidigt würden? Oder wenn es einen „Terroranschlag“ in der BRD gäbe? Wäre die deutsche Bevölkerung dann noch immer (und im Sinne der afghanischen Bevölkerung) gegen den Krieg in Afghanistan? Zweitens ist die Mehrheit der Bevölkerung trotz der Ablehnung DIESES Einsatzes nicht zwangsläufig gegen Militarismus im Allgemeinen und gegen die Verteidigung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen der Herrschenden.

Die Ursachen für die heute weltweit geführten Kriege, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung und die Unterordnung allen Handelns unter die Profitmaximierung haben ungebrochen Bestand. Sie sind der Ausgangspunkt und die Triebkraft für die heutigen Kriege des neuen Imperialismus und sie werden durch neue Kriege nicht etwa behoben, sondern verschärft. Krieg ist für den größten Teil der (afghanischen) Bevölkerung die Fortsetzung der ohnehin brutalen Ökonomie und Politik der westlichen Welt, die nichts als Leid und Elend hervorrufen.

Erst wenn die breite Bevölkerung all das zurückweist, ist auch die Schaffung eines wirklichen Friedens denkbar.

Wir müssen deshalb eine Antikriegsbewegung vorantreiben, die sich politisch gegen die Militarisierung der Gesellschaft und gegen neoimperialistische Interessenpolitik wehrt und sich für einen Frieden einsetzt, der diesen Namen auch verdient.

---

<sup>7</sup> Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Bundesministerium der Verteidigung.  
[http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB\\_2006\\_dt\\_mB.pdf](http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf)